



KUNDGEBUNG
Für eine offene und solidarische Schweiz
 Samstag, 1. März, 14.30 h
 Bundesplatz Bern
www.offen-und-solidarisch.ch

«Wir riefen
Arbeitskräfte
und es kamen
Menschen.»



Reuters

Solidarität statt Abschottung

Nach dem niederschmetternden Abstimmungsresultat vom 9. Februar heisst es nun: Jetzt erst recht! Wir wollen keine Schweiz, die sich abschottet sondern eine offene und solidarische Schweiz. Jetzt gilt es mehr denn je, diese Werte zu verteidigen.

Seite 3

EUROPAWAHL



Im Mai finden die **Wahlen zum Europäischen Parlament** statt. Auch die SP engagiert sich gemeinsam mit den Schwesterparteien aktiv im Wahlkampf.

Seiten 6 und 7

AKTUELL



Neue Kampffjets sind ein **3,1-Milliarden-Luxus**, den wir uns nicht leisten können. Lehnen wir deren Beschaffung am 18. Mai ab.

Seite 5

INTEGRATION



Ein Hotel in Burgdorf setzt erfolgreich **Menschen mit Beeinträchtigung** in seinem Betrieb ein, trotz hoher administrativer Hürden.

Seite 14

Mindestlohn für alle

In der Schweiz verdienen rund 330 000 Personen weniger als den geforderten Mindestlohn von 22 Franken pro Stunde. Wie so oft sind vor allem Frauen von diesem Missstand betroffen. Am 18. Mai entscheiden wir an der Urne über die Mindestlohn-Initiative und können mit einem Ja die Schweiz sozialer machen.

«Ein Mensch muss von seiner Arbeit leben können». Diese klare Forderung wurde bereits vor über 200 Jahren von Adam Smith proklamiert. Für den marktliberalen Ökonomen war selbstverständlich, dass eine reine Existenzsicherung nicht genügt: «Andernfalls wäre es nicht möglich, eine Familie zu ernähren».

Daher erstaunt es nicht, dass die ersten politischen Bemühungen für einen gesetzlichen Mindestlohn in den Niederlanden bereits 1894 urkundlich belegt werden können. Und heute ist ein gesetzlicher Mindestlohn in fast allen EU-Staaten, aber auch den USA, Realität und ein entscheidendes Instrument gegen Lohndumping.

In der Schweiz haben sich Mindestlöhne in mehreren Branchen dank Gesamtarbeitsverträgen (GAV) durchgesetzt. Die Mehrheit der Erwerbstätigen in der Schweiz steht jedoch ohne Schutz da. So arbeiten über die Hälfte der Beschäftigten in einer Branche ohne GAV-Mindestlöhne.

Fakt ist: Rund 10 Prozent aller Arbeitenden in der Schweiz haben weniger Lohn als zwölf mal 4000 Franken pro Monat (Vollzeitstelle). Gemäss offiziellen Zahlen des Bundes sind fast 150 000 Personen mit einer abgeschlossenen Berufslehre in dieser unsäglichen Lage. Sieben von zehn Personen mit Tieflohnen sind Frauen.

Wirtschaftskreise und rechte Ideologen versuchen, unser Anliegen schlecht zu reden: Sie warnen vor hoher Arbeitslosigkeit. In Wirklichkeit führen höhere Mindestlöhne zu einer Kor-

rektur von unverschämten Tiefstlöhnen, ohne dass deshalb die Arbeitslosigkeit steigt. Das zeigen die meisten internationalen Studien und die Erfahrungen mit Branchenmindestlöhnen.

Klar ist der geforderte Mindestlohn höher angesetzt als in anderen Ländern. Weil hierzulande auch das Leben massiv teurer ist. Viel wichtiger als die Frage des absoluten Betrages ist, wie viele Arbeitnehmende von einer Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes profitieren. In den USA steht eine Erhöhung des Mindestlohnes auf 10.10 \$ pro Stunde an. Davon würden 14 Prozent der amerikanischen Beschäftigten profitieren.

Die von Obama vorgeschlagene Erhöhung ist viel einschneidender als die von der Mindestlohninitiative vorgesehenen 22 Franken pro Stunde. Davon würden knapp 10 Prozent der Schweizer Beschäftigten profitieren. Dieser Mindestlohn für alle ist kein Luxus, sondern für die reiche Schweiz eine ökonomisch sinnvolle Selbstverständlichkeit.



Andy Tschümperlin

Nationalrat Schwyz und
Präsident Bundeshausfraktion
der SP



Zwei Siege im Schatten

Es ging in der allgemeinen Aufregung fast ein wenig unter, aber am 9. Februar durfte die SP auch zwei wertvolle Siege feiern, nämlich das Ja zu FABI und das Nein zur Abtreibungsinitiative.

Der *Eisenbahnfonds FABI* wird zu Recht als Meilenstein in der Geschichte des öffentlichen Verkehrs bezeichnet. Die Annahme der Vorlage mit über 60 Prozent der Stimmen darf deshalb auch als grosser Erfolg für eine linke und ökologische Verkehrspolitik gewertet werden. Schliesslich ist FABI der

indirekte Gegenvorschlag zur 2010 eingereichten ÖV-Initiative, bei der auch die SP mitgesammelt hat.

FABI stellt den Schienenverkehr für die nächsten Jahrzehnte auf eine solide finanzielle Basis. Die Passagierzahlen werden weiter steigen, Ausbauten und Modernisierungen sind deshalb unumgänglich. Hinsichtlich der Frage, ob es nun auch einen ähnlichen Fonds für den Strassenverkehr braucht, ist die SP durchaus offen für Gespräche. Voraussetzung ist jedoch, dass dieser Strassenfonds

zur Behebung echter Engpässe in den Agglomerationen eingesetzt wird. Der Gotthard ist sicher kein solcher Engpass, weshalb die SP den von bürgerlicher Seite forcierten Bau einer zweiten Röhre im Notfall auch per Referendum bekämpfen wird.

Die überdeutliche Ablehnung der *Abtreibungsinitiative* setzt hoffentlich einen Schlusspunkt unter die Diskussionen um die Fristenregelung. Diese wurde zum zweiten Mal von über 70 Prozent der Stimmenden bestä-

tigt, die ewiggestrigen Angriffe von reaktionären Kreisen auf die bewährte Fristenregelung dürften damit hoffentlich vorbei sein. Die deutliche Ablehnung der Initiative setzt jedoch auch ein wichtiges Zeichen gegen die Auflösung des Solidaritätsprinzips in der Krankenversicherung. Das grundlegende Prinzip jeder Versicherung ist die Solidarität, mit der individuelle Risiken abgedeckt werden. Dieses Prinzip darf nicht beschädigt werden.

Michael Sorg

Jetzt erst recht

Das Abstimmungsresultat vom 9. Februar steckt uns noch in den Knochen. Während Wochen haben wir in einem engagierten Abstimmungskampf gegen die Abschottungsinitiative der SVP gekämpft. Damit wir glaubwürdig unsere Argumente und Rezepte in die Diskussion um Zuwanderung und die heutigen Herausforderungen einbringen konnten, hatten wir uns entschieden, eine von den Wirtschaftsverbänden und bürgerlichen Parteien unabhängige Nein-Kampagne zu führen. Für uns war klar: Wir wollen keine Schweiz der Baracken, die die Arbeitnehmenden in ihren Rechten schwächt. Die Bilder der Saisoniers aus den



60er- und 70er-Jahren stehen uns noch vor den Augen und müssen definitiv zur Vergangenheit der Schweizer Geschichte gehören.

Die Umfragen haben denn auch gezeigt, dass ein sehr grosser Anteil der SP-Wählerbasis ein Nein in die Urne gelegt hat und die Gebiete mit einem hohen SP-Wähleranteil deutlich Nein gestimmt haben. Natürlich können wir uns damit nicht zufrieden geben. Und wir können uns auch nicht damit begnügen, mit dem Finger auf den FDP-Präsidenten und seine Partei zu zeigen. Es liegt an ihnen, die Schlüsse zu ziehen, weshalb sie ihre Wählerschaft offensichtlich nicht überzeugen konnten. Es liegt an ihnen, zu beurteilen, ob die Strategie, eine SVP-light-Politik zu betreiben, richtig ist.

Ich will mich nicht damit begnügen, mit meinem provokativen 10-Punkte-Programm zur Umsetzung der Initiative wenige Tage nach der Abstimmung für Aufruhr gesorgt zu haben. Ich wollte damit lediglich die Absurdität des Abstimmungsergebnisses aufzeigen. Denn wie erwartet haben Gebiete mit einem marginalen Ausländeranteil für die Beschränkung der Zuwanderung gestimmt. Und eine Provokation hatte Platz, weil sie die Achillesferse der Initiative offen gelegt und ihre Wirkung nicht verfehlt hat. Denn schon am darauffolgenden Tag hat die SVP möglichst hohe Kontingente für die Landwirtschaft gefordert und Blocher nebst den Romands auch noch die Städter angegriffen. Das ist zynisch und zeigt, dass die SVP keine Lösungen zur Umsetzung ihrer Initiative aufzeigen will oder kann.

Zynisch ist auch, dass die Folgen der Annahme mit dem Stopp von Erasmus+, dem Forschungsprogramm Horizon2020 oder dem Mediaabkommen mit der EU als erstes die

jungen Studierenden, die Forschenden an den Hochschulen sowie Kulturschaffende treffen – jene also, die wohl grossmehrheitlich gegen die Initiative gestimmt haben.

Mit der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative beginnen die Herausforderungen jetzt erst recht. Es gilt nun klipp und klar festzuhalten, was geht und was nicht geht:

- Die SP wird niemals die von den Abstimmungssiegern geforderte Wiedereinführung des Saisonierstatuts akzeptieren, das aufgrund des eingeschränkten Familiennachzugs Arbeitnehmende 1. und 2. Klasse schaffen würde. Es darf keine Politik geben, die den reichen englischen Rohstoffhändler und seine Familie privilegierter behandelt als die portugiesische Hotelangestellte. Die Beschränkung des Aufenthalts, des Zugangs zur sozialen Sicherheit und des Familiennachzugs für ansässige Arbeitnehmende ohne Schweizer Pass käme einem enormen gesellschaftlichen Rückschritt gleich. Es darf kein menschenunwürdiges Kontingentsystem geschaffen werden.

«Jetzt beginnen die Herausforderungen erst recht.»

- Für den Fall, dass die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative die Personenfreizügigkeit und damit alle bilateralen Verträge bedroht, wird sich die SP für eine Abstimmung einsetzen, denn ohne stabile und geregelte Verhältnisse mit dem wichtigsten Handelspartner der Schweiz drohen zusätzlicher Lohndruck und der Verlust von Arbeitsplätzen.

- Sollten die flankierenden Massnahmen in Frage gestellt werden, wird die SP auf deren Erhalt und Ausbau pochen müssen und alle dafür vorhandenen Mittel in Betracht ziehen. Um sicherzustellen, dass in der Schweiz auch in Zukunft Schweizer Löhne bezahlt werden, muss sich der Bundesrat für mehr statt weniger Lohnschutz einsetzen. Nur so sind die Arbeitsplätze sicher vor Dumpingkonkurrenz.

Die SP hat sich schon immer für faire und gleichberechtigte Chancen und Bedingungen eingesetzt. Es braucht eine Wirtschaft, die wieder das Wohl der Menschen in den Vordergrund stellt. Es braucht faire Löhne für alle, eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, mehr Investitionen in ein qualitativ hochstehendes Bildungssystem und eine Raumplanung, die Landschaft und Ressourcen schützt. Und all das erreicht man nicht durch Abschottung, sondern durch eine soziale Politik der Öffnung – und nur für alle statt für wenige. Dafür werden wir kämpfen, mit eurer Hilfe. Ich danke euch für eure Unterstützung.

Christian Levrat

STANDPUNKT



Flavia Wasserfallen
Co-Generalsekretärin

Unsere Bewegung stärken

6. Juni 1993, ich war 14 Jahre alt, empört und total frustriert. Zuvor hatte ich meinen ersten politischen Frühling erlebt. Im Mai demonstrierte ich lauthals mit 25000 anderen, meist Jugendlichen, in Bern. Ein Plakat im Weltformat mit Tausendernoten, die zu Flieger gefaltet waren und lichterloh brannten, schmückte meine Zimmerwand. Die Sache war für mich glasklar. Der Sieg gewiss. Natürlich würde die Stimmbewölkerung niemals zustimmen, eine unvorstellbar grosse Summe von 3,5 Milliarden Franken für 34 F/A-18 Kampffjets auszugeben. Die Umfragen bestätigten meine Überzeugung.

Am 6. Juni kam es dann anders. 57 Prozent der Stimmenden hatten dem Kauf der Kampffjets zugestimmt. Für mich und unzählige andere war dies ein Schock. Es war mein Schlüsselerlebnis, das mich in die Politik gebracht hat. Auch die verlorene Abstimmung 1986 über den Uno-Beitritt, 1989 über die Abschaffung der Schweizer Armee und dann natürlich 1992 die knapp verlorene EWR-Abstimmung waren für viele ein solches Schlüsselerlebnis. Und es deutet vieles darauf hin, dass sich auch der 9. Februar in diese Kategorie einreihen wird, wie die vielen Neueintritte in die SP, die wir seit der Abstimmung verzeichnen, bestätigen. Wir müssen diese Chance nutzen und die vielen energiegeladenen und empörten Menschen packen und für unsere Bewegung und unsere Ideen gewinnen. Zumal sich zeigt, dass durch die Sistierung des Forschungsabkommens und des Programms Erasmus+ zuerst die jungen Menschen betroffen sind.

Die Hürde ist im Moment tiefer als sonst. Weshalb also nicht eure Kollegin, mit der ihr regelmässig über Politik debattiert, anfragen, ob sie Mitglied werden will? Gewinnen wir sie für uns, damit wir nicht die 49.7 Prozent bleiben. Das reicht nicht für die Wende. Denn es gibt sie, die Alternative zum fremdenfeindlichen und ausgrenzenden Gesellschaftsentwurf der SVP. Sie heisst: eine Schweiz für alle statt für wenige. Sie basiert auf einer solidarischen und offenen Schweiz und enthält innere soziale Reformen für faire und gute Löhne, genügend bezahlbaren Wohnraum, eine ressourcenschonende Städte- und Raumplanung sowie ein qualitativ hochstehendes Bildungssystem für alle. Dass es sich lohnt, ist gewiss.

Den tragenden Pfeiler des Gesundheitswesens stärken

Am 18. Mai stimmen wir über die Besserstellung der medizinischen Grundversorgung ab. Damit soll vor allem die Hausarztmedizin gestärkt werden. Eine qualitativ gute Grundversorgung soll in der Verfassung garantiert, der Zugang zum Beruf soll erleichtert und seine Attraktivität gesteigert werden. Die SP sagt Ja zu diesem neuen Verfassungsartikel.

Unser Gesundheitswesen ohne Hausarztmedizin wäre undenkbar. Hausärztinnen und Hausärzte sind die erste Anlaufstelle, wenn der Schuh drückt. Sie begleiten uns und unsere Familien von Kindesbeinen an bis ins hohe Alter. So sind es auch sie, die den Löwenanteil aller Behandlungen vornehmen. Selbst bei Notfällen werden die ersten Behandlungsschritte meist von ihnen eingeleitet. Zusammen mit anderen ärztlichen und nicht ärztlichen Gesundheitsberufen (z. B. Psychiatrie, Pflegefachleute, Hebammen, Physiotherapeutinnen) stellen sie die medizinische Grundversorgung sicher.

Trotz dieser Schlüsselrolle ist der Beruf der Hausärztinnen und Hausärzte unter Druck. Amtierende ältere ÄrztInnen finden niemanden für die Praxisübernahme. Bereits herrscht in vielen Regionen – vor allem auf dem Land und in peripheren Regionen – Hausärztemangel. Diese Probleme können niemanden überraschen, denn es handelt sich hier um eine Krise mit Ansage.

Jahrelang wurden die warnenden Stimmen überhört oder die Hausarztmedizin gar als «nicht vollwertige Medizindisziplin» verhöhnt. Statt die Grundversorgung zu stärken, wur-

de sie bei der letzten Tarmed-Revision weiter geschwächt. Die Wende kam erst im Jahr 2010. Damals reichten die Hausärztinnen und Hausärzte die Initiative «Ja zur Hausarztmedizin» mit über 200 000 Unterschriften ein. Endlich nahm die Politik das Thema ernst, machte sich an die Arbeit und verbesserte die Initiative in einem Gegenvorschlag. Die Initiative wurde in der Folge zurückgezogen, über den Gegenvorschlag stimmen wir am 18. Mai ab.

Die Vorlage würdigt die grosse Bedeutung der medizinischen Grundversorgung im Gesundheitswesen. Sie will Bund und Kantone verpflichten, für eine ausreichende, allen zugängliche medizinische Grundversorgung hoher Qualität zu sorgen. Leistungen müssen in allen Landesteilen gut erreichbar angeboten werden, die Finanzierbarkeit muss gewährleistet sein und es braucht genügend Personen, die sich für einen Beruf in der Grundversorgung entscheiden und die für ihre Arbeit gut ausgebildet werden.

Der Bund kann dank dieser Verfassungsänderung eine bessere Abstimmung der Ausbildungsgänge im Gesundheitsbereich erwirken, die der engen Zusammenarbeit gerecht wird. Letztlich sollen durch diese Vorlage die

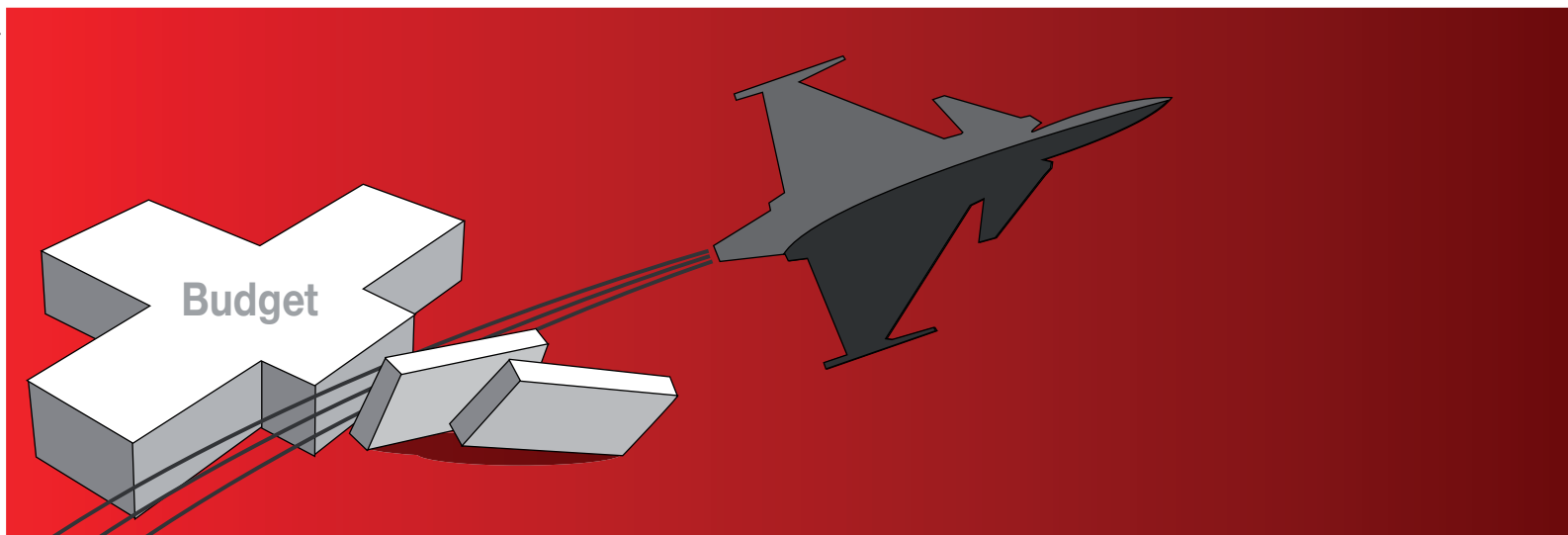
Hausärztinnen und Hausärzte gegenüber den Spezialisten besser entlohnt werden. Entsprechend sollen die Gewichte im Tarifsysteem zugunsten der Hausarztmedizin verschoben werden.

Mit einem Ja zum Bundesbeschluss über die medizinische Grundversorgung anerkennen wir die Bedeutung des tragenden Pfeilers unseres Gesundheitswesens. Die basisnahe Versorgung stellt das Wohl der Patientinnen und Patienten ins Zentrum. So wie es auch eine zweite Vorlage macht, über die wir später in diesem Jahr abstimmen werden: die Einführung einer öffentlichen Krankenkasse anstelle der heutigen privaten Krankenkassen. Sagen wir Ja zu beiden Vorlagen und machen wir damit in diesem Jahr zwei Schritte hin zu einem sozialen Gesundheitswesen, das den Menschen statt dem Profit dient.



Jacqueline Fehr
Nationalrätin Zürich





Krippen statt Gripen

Jeden Franken kann man nur einmal ausgeben. Dies muss sich vor Augen halten, wer am 18. Mai über den Kauf der 22 Kampfjets Gripen EF abstimmt. Wir stehen vor einem Milliardendeal. Vordergründig geht es zwar immer nur um den Kaufpreis von happigen 3,1 Milliarden. Die Summe verdreifacht sich aber, wenn man die Betriebskosten über die gesamte Einsatzdauer der Kampfjets aufrechnet. Also: Nicht 3,1 Milliarden, sondern annähernd 10 Milliarden kostet uns dieser Prestigedea von Maurer und seinen Freunden. Unnötig und teuer ist es, sich neben den bestehenden F/A-18 eine zweite Kampfjetflotte zu leisten. Der Gripen EF besteht erst auf dem Papier und wird als Einsitzermodell gebaut werden, womit wir auf lange Sicht den Zweiplätzer Gripen CD zu Schulungszwecken hinzumieten müssen. 10 Milliarden für eine Beschaffung zu verschleudern, deren Nutzen von Sicherheits-

politikerInnen ernsthaft in Frage gestellt wird, können wir uns aus finanzpolitischen Gründen schlichtweg nicht leisten.

Wir dürfen uns durch den guten Abschluss der Jahresrechnung des Bundes nicht blenden lassen, denn es ist keineswegs Entwarnung angesagt. Das Sparpaket KAP (Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungspaket) wurde zurückgewiesen, doch wird es der Bundesrat erneut bringen und weiterhin an der Notwendigkeit von jährlichen Einsparungen in der Höhe von mindestens 700 Millionen festhalten, um ein ausgeglichenes Budget zu erreichen. Projekte wie die Unternehmenssteuerreform III oder die CVP-Initiativen zu Ehepaarbesteuerung und Kinderabzügen kosten uns womöglich weitere Milliarden. Wo gespart werden soll, hat uns die erste Auflage des KAP gezeigt. Öffentlicher Verkehr, Sozialversicherungen, Bildung, Jugend und Sport, indirekte Presseför-

derung, um nur einige zu nennen. Gerade jetzt will man beim sozialen Wohnungsbau sparen oder etwa den AHV-Fonds schröpfen und somit der Altersvorsorge schaden. Auch für einen Ausbau des Stipendienwesens ist kein Geld da. Welch groteske Züge die Sparerei bürgerlicher PolitikerInnen annimmt, zeigten die unausgegorenen und kurzsichtigen Kürzungsanträge in der Budgetdebatte im letzten Dezember. Pauschalkürzungen beim Personal konnten knapp abgewendet werden. Eine 150-Millionen-Pauschalkürzung beim Sach- und Betriebsaufwand wurde von den Bürgerlichen in Unkenntnis der Folgen durchgeboxt, um ein Exempel zu statuieren. Derartige Schnellschüsse könnten Schule machen.

Wird der Gripenkauf gestoppt, braucht es kein Sparpaket. Die jährliche Einlage in den Gripenfonds von 300 Millionen Franken (im laufenden Jahr sogar 352 Millionen), die Miete für den Trainingsgripen CD von jährlich 45 Millionen und später die Betriebskosten von mindestens 100 Millionen würden wegfallen und so das Bundesbudget deutlich entlasten.

Milliarden mit dem Kauf unnötiger und umstrittener Kampfjets zu verschleudern und damit wichtige Entwicklungen zu verhindern, ist kurzsichtig. Wir brauchen dringender denn je finanziellen Spielraum für Innovationen, wie die Umsetzung der Energiestrategie 2050 und eine moderne Familienpolitik. Neue Kampfjets sind ein Luxus. Lehnen wir deren Beschaffung am 18. Mai ab.

FRAGWÜRDIGE METHODEN DER BEFÜRWORDER

Mit einer geheimen PR-Kampagne versucht Schweden, die Stimmung in der Schweiz zu Gunsten des Gripens zu kippen. Das geht aus geheimen Dokumenten hervor, die dem schwedischen Radio und der Neuen Luzerner Zeitung vorliegen. Diese Einflussnahme ist inakzeptabel und zeugt von einem Mangel an Respekt vor der direkten Demokratie.

Viel schwerer wiegt jedoch die Tatsache, dass Bundesrat Maurer von den Vorgängen Kenntnis hatte. Statt sich gegen diese Einmischung von schwedischer Seite zu wehren, brachte er seine eigenen Wünsche für die Kampagne ein. Auch die Vorgänge um die sogenannten «Kompensationsgeschäfte» rücken Maurer in ein schlechtes

Licht. Diese verpflichten Saab bzw. seine Partner im Falle eines Gripen-Kaufs dazu, Schweizer Unternehmen Aufträge in der Höhe von 2,2 Milliarden Franken zuzuschancen. Dazu besuchten Saab-Angestellte in den Kantonen Wallis und Freiburg interessierte Unternehmen, wobei kräftig die Werbetrommel für den Gripen gerührt wurde. Das widerspricht Maurers Aussage anlässlich der Pro-Gripen-Medienkonferenz, dass sich Saab «in keiner Art und Weise am Abstimmungskampf beteiligen» werde. Geheime Absprachen, verdeckte PR-Operationen, intransparente Finanzierung – die Rüstungslobby und die Gripenfreunde schrecken vor nichts zurück, damit die Schweiz in ihrem Sinne abstimmt. *mm*



Barbara Gysi
Nationalrätin St. Gallen

Gemeinsam für ein



European Union 2014

Gemeinsam an einem sozialeren Europa bauen

Europas Beitritt zur Schweiz

Über 1.7 Millionen EU-Bürgerinnen und EU-Bürger leben unter uns. Das heisst, dass mehr als 21 Prozent der Schweizer Wohnbevölkerung vom 22. bis 25. Mai ihre 751 Vertreter und Vertreterinnen ins Europäische Parlament wählen können. Zentrales Ziel der SP ist die Mobilisierung der Diaspora in der Schweiz.

Ein Parlament für ein soziales Europa

Es sind unsere Nachbarinnen, Freunde, unsere Mitarbeiterinnen und Chefs, oft auch Familienmitglieder: Die rund 1,7 Mio. EU-Bürger und Doppelbürgerinnen in der viersprachigen Schweiz sind Teil der 500 Millionen europäischen Wahlberechtigten aus 28 Staaten. Dabei ist die EU nur halb so gross wie die grösste Demokratie der Welt, Indien, mit ihren 1,1 Milliarden Einwohnerinnen und Einwohnern. Es ist das achte Europäische Parlament seit 1979. Wie verhielt es sich denn damals in der Schweiz, als die Bundesversammlung 1869 zum achten Mal zusammenkam? Der Konflikt zwischen katholischen und liberalen Kantonen war noch zu spüren. Damals konnte sich das Parlament nicht einmal auf einheitliche Masse und Gewichte einigen. Heute steht das achte Europäische Parlament vor komplexen und weitreichenden Fragen wie Bankenregulierung, Klimapolitik und Arbeitslosigkeit. Europas Sozialdemokraten mit ihrem Spitzenkandidaten, dem Parlamentspräsidenten Martin Schulz, brauchen mehr als die bisherigen 194 Sitze (25 Prozent), um ein soziales Europa zu erreichen. Dafür setzt sich auch die SP

Schweiz gemeinsam mit ihren Schwesterparteien ein.

Die europäische Demokratie

Die Krise hat in der Europäischen Union ein altes Dilemma hervorgebracht: Man will zwar keinen gemeinsamen Bundesstaat, genau dessen Demokratiestandard aber erwartet man von der EU. Nun ist sie im Europäischen Rat von Regierungsmitgliedern kontrolliert, die nur indirekt in ihren Mitgliedstaaten gewählt wurden. Das direkt gewählte Europäische Parlament, mit immer stärkeren Kompetenzen ausgestattet, nimmt aber eine wichtige Rolle im Demokratisierungsprozess ein. Wir Schweizer sollten eigentlich aus unserer eigenen Geschichte wissen: Der Weg von der Tagsatzung zum Bundesstaat mit Parlament und Bundesrat ist schwierig, aber machbar.

Die SP als Stimme der Stimmrechtlosen

Rund 1,2 Mio. dieser EU-Wahlberechtigten können sich in der Schweiz nicht politisch beteiligen. Sie können sich politisch nicht gegen Verschärfungen bei den Einbürgerungen, gegen das Verbot von Minaretten oder

die Ausschaffungsiniziative wehren. Mit der Masseneinwanderungsinitiative hat nun eine dünne Mehrheit in der Schweiz wieder einmal die Unzufriedenheit über die ungerechte Verteilung des Wohlstands auf eine grosse Minderheit projiziert, die von unserer direkten Demokratie ausgeschlossen ist. Dasselbe Stimmvolk hat aber die Personenfreizügigkeit wiederholt angenommen. Umso wichtiger ist es, dass wir die politische Mitwirkung all jener, die kein Wahl- und Stimmrecht haben, innerhalb und ausserhalb der SP unterstützen und stärken: Durch eine Zusammenarbeit mit den Schwesterparteien, bei den SP MigrantInnen oder über gemeinsame Aktionen wie die EU-Wahlkampagne. Denn mit dem zu verteidigenden bilateralen Weg ist die Schweiz zwar nicht Europa beigetreten, aber Europa der Schweiz.



Dennis Roy Schwaninger
SP Basel-Stadt und UK Labour Party

soziales Europa

Vorwahlen: Mittel gegen Politikverdrossenheit?

Ende Mai finden die Wahlen zum Europäischen Parlament statt und fast 36 Millionen spanische Wahlberechtigte können ihre Stimme abgeben. Hinzu kommen EU-BürgerInnen, die in Spanien leben und sich entscheiden, die spanischen Kandidierenden statt jene ihres Herkunftslandes zu wählen, sowie über 1,7 Millionen AuslandspanierInnen. Davon leben etwas über 450 000 in EU-Ländern und etwa 81 000 in der Schweiz. Die Wahlbeteiligung der Auslandspanier bei nationalen Wahlen lag bis vor drei Jahren bei etwa 30 Prozent. Bei den Europawahlen lag sie 2004 bei 21 Prozent und 2009 noch bei 14 Prozent, Tendenz sinkend.

Verbreitete Politikverdrossenheit

Die Ursache liegt nicht nur im komplizierten Wahlverfahren für die AuslandspanierInnen, sondern auch am allgemeinen Desinteresse an den Europawahlen und der in den letzten Jahren immer stärker werdenden Politikverdrossenheit. Korruption, Skandale, eine immer grösser werdende Kluft zwischen den Regierenden und den Regierten haben zu einem starken Desinteresse geführt. Diese Politik-

verdrossenheit ist kein rein spanisches Phänomen, es findet sich auch nicht nur in den Krisenländern wieder.

Was also können die Parteien tun, um das Vertrauen und das Interesse der Gesellschaft wiederzuerlangen? Es wird ein langer Weg sein, bis die Beziehung zwischen der Basis und den politisch Verantwortlichen besser wird, und vieles wird sich verändern müssen. Es wird nicht von heute auf morgen gehen, aber eines ist gewiss: Die Parteien müssen sich öffnen und Instrumente der internen Demokratie einführen.

Die PSOE (Partido Socialista Obrero Español) hat dies erkannt und so sind in den letzten Monaten die ersten Schritte unternommen worden. In Bezug auf die Europawahlen haben zwei Verbände der PSOE, die Schwesterpartei in Katalonien und der Verband der in Europa wohnhaften PSOE-Mitglieder (PSOE Europa) erstmals bestimmt, dass die Mitglieder und Sympathisanten entscheiden werden, mit welchem Kandidaten beziehungsweise welcher Kandidatin der jeweilige Verband auf der PSOE-Liste für die Europawahlen antreten wird. In

den letzten beiden EU-Parlamenten waren die AuslandspanierInnen jeweils durch einen EU-Parlamentarier vertreten. Dabei schlug immer der Vorstand der PSOE Europa zwei Kandidierende vor.

Demokratische Wahl der Kandidierenden

Doch dieses Mal werden also die Mitglieder und Sympathisanten die Kandidierenden per Vorwahl erküren. Der Prozess begann im Dezember und alle in Europa lebenden SpanierInnen und PSOE-Mitglieder hatten die Möglichkeit, bis zum 21. Februar per Briefwahl ihre Stimme abzugeben. Drei Mitglieder der PSOE Europa haben ihr Interesse bekundet, EuroparlamentarierIn zu werden, zwei Frauen und ein Mann. Es sind Menschen, die zwar politisch aktiv sind, aber nicht von der Politik gelebt haben. Sie haben ihren eigenen Beruf, den sie ausüben, und das ist in Spanien wahrlich nicht der Normalfall. Für den Vorstand der PSOE Europa wird das Ergebnis verbindlich sein, das heisst, er wird Madrid zwei Kandidierende vorschlagen: die meistgewählte Frau und den meistgewählten Mann. Danach entscheidet Madrid über den Listenplatz.

Interesse an der Politik wecken

Es ist ein Experiment, ein kompliziertes Experiment, denn die PSOE Europa hat keine richtige Struktur in Europa, keine Wahllokale, und SpanierInnen in 27 Ländern können wählen. Aber die Entscheidung ist richtig. Durch Vorwahlen, dank Debatten und direktem Kontakt zu den Kandidierenden kann das Interesse der Gesellschaft an der Politik und an den Parteien wieder geweckt werden. Es wird ein Zeichen gesetzt, dass die Meinung der Mitglieder für die Parteien zählt, und zwar immer, nicht nur bei Kongressen und an der Urne. Kommt dazu, dass jede und jeder wählbar ist und auch jede und jeder eine reelle Chance hat, KandidatIn zu werden.

KAMPAGNE IN DER SCHWEIZ



europa
wahl 14

Die SP Schweiz organisiert gemeinsam mit ihren europäischen Schwesterparteien – Partido Democratico (PD), Partido Socialista Portugal, Partido Socialista Obrero Español (PSOE), SPD, Labour und Partij van de Arbeit (PvdA) – eine Kampagne zur Europawahl 2014. Ziel der Kampagne ist es, die in der Schweiz lebenden EU-Staatsangehörigen (rund 1,7 Mio. Menschen) zur Teilnahme an den Wahlen aufzufordern und für die Wahl sozialistischer und sozialdemokratischer Parteien zu gewinnen. Im Rahmen der Kampagne werden Flyer in verschiedenen Sprachen verteilt und eine mehrsprachige Website

wird über die Wahlen informieren. Am **5. April** findet ausserdem ein **Europafest** in Bern statt. Weitere Informationen zu den Wahlen und der Kampagne in der Schweiz sind demnächst auf www.europawahl2014.ch verfügbar. Für diese Kampagne sind wir auf deine Unterstützung angewiesen. Wir suchen Leute, die Flyer verteilen, an Veranstaltungen informieren, beim Fest in Bern mithelfen usw. Melde dich doch bei uns! info@europawahl2014.ch oder Telefon 031 329 69 65.

www.europawahl2014.ch



Yolanda Tirado, Organisationssekretärin
PSOE Europa, Mitglied des provisorischen
Vorstands der SP MigrantInnen



Reuters

Den Handel mit China in den Dienst hoher Standards stellen

Bundesrat und bürgerliche Ratsmehrheit haben den SP Antrag abgeschmettert, das Freihandelsabkommen der Schweiz mit China dem Referendum zu unterstellen. Nur höchst widerwillig zeigen sie sich zudem bereit, die Klauseln für Arbeitsschutz und Umwelt tatsächlich umzusetzen.

Massaker auf dem Tiananmen-Platz in Peking? «Ich denke, man kann längst einen Strich unter diese Geschichte ziehen», meint Bundesrat Ueli Maurer. Unter Zwangsarbeit und Umweltzerstörung hergestellte chinesische Produkte, welche Schweizer Produzenten aus dem Markt werfen, die anständige Löhne zahlen und die Umwelt schonen: liegt da unlauterer Wettbewerb vor? Fehlanzeige bei FDP-Nationalrat Walter Müller: «Gegenseitige Schulmeisteri» sei da fehl am Platz. Menschenrechte, Arbeitsbedingungen und Umweltschutz in China? Da gebe es in den letzten 25 Jahren «enorme Fortschritte», so Bundesrat Johann Schneider-Ammann.

Unerträgliche soziale Blindheit

Diese soziale, ökologische und menschenrechtliche Blindheit wirtschaftlicher Beziehungen zu China ist für die SP unerträglich. Es geht um einen Staat, der jedes Jahr Tausende hinrichtet, routinemässig foltert, Millionen in Umerziehungs- und Zwangsarbeitslager steckt und die Rechte der Tibeter, Uiguren und anderer Minderheiten missachtet.

Wie kann die Lage der Menschen in China aber am besten verbessert werden? Diese Frage wird auch innerhalb der Linken unterschiedlich beantwortet. Sie schwankt zwischen der Forderung, weniger Handel zu betreiben oder diesen zu demokratisieren.

Für mich ist die Antwort klar: Ein Verzicht auf Handelsbeziehungen der Schweiz zu China würde die dortige Lage nicht verbessern. Denn China ist nicht Apartheid-Südafrika. Die Wirksamkeit der damaligen Sanktionen beruhte darauf, dass die UNO und die südafrikanische Opposition diese gemeinsam und einhellig forderten. Eine derartige Breite einer Embargo-Bewegung gibt es gegenüber China nicht in Ansätzen.

Demokratisierung der Beziehungen

Umso wichtiger sind alle Bestrebungen, die bestehenden Beziehungen zu China zur Demokratisierung zu nutzen und diese gezielt in den Dienst sozialer, ökologischer und menschenrechtlicher Verbesserungen zu stellen. Handel darf nicht einfach Handel bleiben. Vielmehr müssen die Bedingungen in den Blickwinkel rücken, unter denen die gehandelten Güter und Dienstleistungen produziert werden.

Dies kann allein durch multilaterales oder bilaterales Recht angeordnet werden, wie eine intensive internationale Diskussion aufgezeigt hat. Einiges floss in das Freihandelsabkommen ein, das die Schweiz mit China im Sommer 2013 unterzeichnet hat.

Vollzug der Standards ist zentral

Die SP hätte sich weit griffigere Standards für Arbeitsschutz, Ökologie und die Einhaltung

der Menschenrechte gewünscht. Deshalb beantragte die SP Rückweisung und Nachverhandlung.

Bundesrat und Ratsmehrheit argumentierten jedoch, das Glas sei nicht halb leer, sondern halb voll. Das Abkommen enthalte wichtige Hinweise auf die Verpflichtungen im Rahmen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) (Kernarbeitsnormen) und zur Nachhaltigkeit.

Deren Erfolg hängt nun allein vom Willen zur Um- und Durchsetzung ab. Dieser ist leider gering. Entsprechende SP Anträge lehnte der Nationalrat ab. Enttäuschend ist auch die Antwort des Bundesrates auf einen Brief der Gewerkschaften und zahlreicher Nichtregierungsorganisationen mit gleicher Stossrichtung.

Der Bundesrat sicherte allein zu, die Umsetzung der sozialen und ökologischen Standards in Freihandelsabkommen in Zukunft zum Gegenstand des jährlichen Aussenwirtschaftsberichts zu machen. Das ist zwar wenig, aber genug, damit die SP weiterhin hartnäckig auf den Vollzug der Standards pochen kann.



Peter Hug ist politischer Sekretär der SP-Bundeshausfraktion

FUSION

Fragen und Antworten

Die Fusionsinitiativen werfen viele Fragen auf. Einige davon, die für unsere Politik vorrangig sind, erörtern wir an dieser Stelle. Der politische Fahrplan (s. Kasten) zwingt die SP ebenfalls zur Stellungnahme.

Bringt eine Fusion wirklich mehr als nur Leerlauf?

Die Zusammenarbeit der beiden Kantone in der bisherigen Form von Staatsverträgen ist heute an eine Grenze gelangt. Kleinliche Widerstände behindern weitsichtiges Planen und Realisieren von zukunftssträchtigen Lösungen im Verkehrsbereich, in der Raumplanung, aber auch in der Zusammenarbeit von Institutionen. Der Leerlauf besteht im heutigen System mit Doppelstrukturen.

Eine neue, gemeinsame Verfassung kann hier nicht bloss Entschlackung bringen, sondern auch neue Impulse setzen. Verfassungsprozesse haben es an sich, dass sie Aufbruchgeist schaffen, Innovation fördern und die Rahmenbedingungen verbessern. Das haben wir in unserer Region angesichts der globalen Herausforderungen nötig.

Welche politischen Mehrheiten bringt ein neuer Kanton?

Selbstverständlich lässt sich da nichts mit Gewissheit voraussagen. Doch einen politischen Erdbeben dürfte die Fusion nicht auslösen. Wenn wir von den Nationalratsergebnissen von 2011 ausgehen, ergeben sich – ohne Berücksichtigung von Listenverbindungen – kleinere Verschiebungen. Die SP würde im geeinten Kanton die vier Sitze behalten, die sie heute in BL und BS zusammen hat. Die SVP könnte einen vierten Sitz gewinnen. Auch die Grünen würden zulegen und einen zweiten Sitz dazu erhalten, während die CVP und die FDP je einen verlieren würden. Werden Listenverbindungen einbezogen, so verändert sich das Bild tendenziell zugunsten der kleineren Mitteparteien, die zusammengefasst dem linken oder dem rechten Lager einen Sitz abspenstig machen könnten.



Fusion: Wohin mit dem Grenzstein?

Noch weniger voraussagen lässt sich eine Auswirkung auf Majorzwahlen. Beim Ständerat käme es möglicherweise dazu, dass die beiden Sitze auf die beiden grossen politischen Lager der Linken und der Rechten aufgeteilt würden.

Etwas Wichtiges dürfen wir nicht ausblenden: Kommt die Kantonsfusion zustande, entsteht gleichzeitig auch eine neue Stadtgemeinde mit einer linken Mehrheit und mit einer starken Ausstrahlung auf die politische Kultur des neuen Kantons.

Wie steht es mit sozialpolitischen Errungenschaften?

Im Bereich der Sozialpolitik braucht es bei einer Fusion deutliche Anpassungen, da der Stadtkanton in einigen Belangen sozialer tickt als das Land. Die Frage drängt sich auf, ob ein Abbau zu befürchten sei. Ein Blick auf die Totalrevisionen der letzten Jahrzehnte zeigt, dass Verfassungsrevisionen jeweils eine Dynamik entwickeln, die sozialen Rechte und Leistungen auszubauen und zu verstärken. Es ist also nicht zu befürchten, dass der Verfassungsrat zum Abbau von sozialpolitischen Errungenschaften schreiten wird. Im Gegenteil.

Nicht nur in Bezug auf den Ausbau des Sozialstaats bietet die Fusion Chancen. Durch die Angleichung der sozialpolitischen Standards wird sie auch dazu beitragen, dass sich die Sozialkosten gerechter auf die verschiedenen Gemeinden verteilen und die Zentrumslasten besser aufgeteilt werden können.

Bestimmen dann die BewohnerInnen von Tecknau darüber, ob die Basler Innenstadt autofrei wird?

Ein Ergebnis der Kantonsfusion wird es sein, dass eine starke Basler Stadtgemeinde mit eigener Stadtregierung und klar festgelegten eigenen Kompetenzen entsteht. Dadurch werden im neuen Kanton die Kompetenzen der Gemeinden generell neu zu regeln sein. Und zwar in Richtung einer stärkeren Selbständigkeit und mehr Zuständigkeiten. Der neue Kanton wird deshalb weniger zentralistisch sein, als es die beiden bisherigen sind. Und das ist gut so. Weil dann die Stadtgemeinde Basel selber darüber entscheiden kann, ob sie autofrei wird, Tecknau darüber, ob Tempo 30 eingeführt wird.

FUSIONSINITIATIVEN

Die Initiativen für eine Kantonsfusion sind vor einem Jahr eingereicht worden. Sowohl die SP Basel-Stadt als auch die SP Baselland haben sich an besonderen Parteitag bereits positiv zu den Initiativen geäußert, freilich noch keine offizielle Parole gefasst. Derzeit befinden sich die Initiativen in beiden Kantonen im parlamentarischen Prozess. Die rechtliche Gültigkeitserklärung ist erfolgt. Vermutlich noch vor der

Sommerpause werden die Parlamente, nach erfolgten Kommissionsberatungen, politisch dazu Stellung nehmen. Die Volksabstimmung dürfte noch diesen Herbst stattfinden, vermutlich im November, möglicherweise aber schon im September 2014. Die beiden SP-Kantonalparteien werden ihre Parolen dazu noch vor den Sommerferien fassen.



Ruedi Brassel ist Landrat und Gemeinderat in Pratteln

BILDUNGSWERKSTATT «WILLI RITSCHARD»

Einsichten und Einblicke vermitteln

Die Willi Ritschard Bildungswerkstatt (WRB) wurde 2013 von einem Kernteam gegründet (Links 138/139). Die WRB ist an die SP Kanton Solothurn angegliedert, die Werkstätten sind öffentlich und richten sich an Menschen, die mehr Einsichten und Einblicke vermittelt haben möchten. Links unterhielt sich mit dem Initiator Andreas Gross (Nationalrat). Interview Niklaus Wepfer

Die Bildungswerkstatt (WRB) wurde dank deiner Initiative für Solothurnerinnen und Solothurner gegründet. Warum?

Willi Ritschard war wie kein anderer in den 1960er- und 1970er-Jahren ein sicherer Wert in der politischen Bildungsarbeit. Er hat sie personifiziert, immer wieder auch thematisiert und war ein Solothurner Genosse, der ohne diese Bildungsanstrengungen nie ein so überzeugender Bundesrat geworden wäre. Die Idee entstand vor zehn Jahren in Gerlafingen an einer gewerkschaftlichen Diskussionsversammlung während des Abstimmungskampfes zu den Bilateralen Verträgen. Da wurde deutlich, wie sehr sich viele Menschen von einem solchen Komplex überfordert fühlten. Schliesslich lernte ich vor zwei Jahren einen Stadtsolothurner Unternehmer kennen, der mir sagte, er wolle 5000 Franken für die SP einsetzen und mich fragte, wie er dies am effizientesten tun könnte. Damit war der Grundstein für eine Bildungswerkstatt am Jurasüdfuss gelegt. Ich versprach ihm, mich dafür und darin persönlich voll zu engagieren, was ihn überzeugt hat.

In den ersten Werkstätten 2013 in Grenchen und Olten wurde mit den

Themen «Was ist Politik?» und «Demokratie» gearbeitet. Wie gross war das Interesse und wie beurteilst du die Ergebnisse?

Das Interesse war in jeder Beziehung ermutigend. Jene, die dabei waren, zeigten sich sehr positiv überrascht, waren teilweise sogar begeistert. Es wird gelesen, viel diskutiert und noch mehr nachgedacht. Einige sagten mir, dass ihnen in diesen Diskussionen einige Lichter aufgegangen seien. Unsere politische Bildungsarbeit soll grundlegende Einsichten und Einblicke vermitteln, welche zum politischen Engagement ermutigen und dieses bereichern. Es soll zeigen und illustrieren, wie gemeinsames politisches Handeln Freude macht, ebenso Lust auf mehr und zu einem erfüllten Leben gehört wie die Farbe zur Malerei oder die Fantasie zur Kunst.

Kannst du etwas über dein Motiv erzählen, warum du den Bürgerinnen und Bürgern politische Bildung näher bringen möchtest?

Viele finden sich politisch nicht mehr zurecht. Sie fühlen sich angesichts der Unmenge an



Informationen, Problemen und Widersprüchen überfordert und trauen Politikern, Parteien und Behörden nicht mehr richtig über den Weg. In dieser sumpfigen und windigen

«Politische Bildung ist Arbeit und gearbeitet wird am besten in Werkstätten.»

Atmosphäre gilt es neue Fundamente zu bauen, die einen auch durch schwierige Zeiten tragen, Handlungsperspektiven aufzeigen und vor allem wieder das Zutrauen in die eigenen Handlungsmöglichkeiten verschaffen. Dafür braucht es einige wenige Grundeinsichten, die durchaus zu bauen und tragfähig sind. Wenn diese aber fehlen, dann nutzen alle «Kampagnen-Gelder» nichts. Deshalb bedaure ich, dass die SP die politischen Grundlagen-Bildungsanstrengungen aufgegeben hat. Mit der WRB wollte ich in Solothurn an einer kleinen Alternative arbeiten, die auch über den Kanton hinaus glänzen und zu weiteren entsprechenden Anstrengungen ermutigen kann.

Mit welchen Themen und Referenten soll in diesem Jahr gearbeitet werden und warum sollen sich die Menschen damit auseinandersetzen? Verschiedene Autorinnen und Autoren, unterschiedliche Grundlagen und Perspektiven holen wir uns mit verschiedenen grundlegenden und verständlichen Texten. Diese diskutieren wir intensiv und eignen uns daraus das

Wesentliche an. Nachdem wir 2013 mit den Themen Politik und Demokratie begannen (nachzulesen auf www.wrb-so.ch und www.atelierdd.ch), widmen wir uns 2014 Europa, der Freiheit und der Frage, was früher und heute noch unter «Links» und «Linksein» verstanden wird. 2015 wird es mit der Gerechtigkeit und der Solidarität weitergehen.

Welches Ziel verfolgt die WRB mit den Werkstätten? Und was hat Willi Ritschard damit zu tun?

Willi Ritschard war ein Kind der politischen Bildung, wie sie seit den 1930er-Jahren der zweite SP-Bundesrat der Schweiz, Max Weber, eingerichtet und am Leben erhalten hat. Ritschard blieb sein Leben lang dem Motto «Bildung macht frei» treu, lebte es, verkörperte es, versuchte auch, andere dazu zu motivieren und zeigte, wie weit man damit auch ohne Studium kommen kann.

Ritschard war der letzte Arbeiter-Bundesrat. Politische Bildung ist Arbeit und gearbeitet wird am besten in Werkstätten, wo wir gemeinsam angehen, was keiner alleine schaffen kann: Politische Einsichten gewinnen und Handlungsgrundlagen schaffen, die begeistern und Lust machen auf politisches Handeln. Das ist etwas ganz Kostbares und Seltenes – etwas mehr davon würde der SP und uns allen ausgesprochen gut tun. Wie sehr, hat der 9. Februar 2014 mehr denn je illustriert.

WRB-Veranstaltungen 2014 und Infos auf www.wrb-so.ch

Neoliberale Steuerstrategie im Blindflug

Regieren heisst vorausschauen. Dies hat im Fall der Nationalbankgelder nicht funktioniert. Der Kanton muss auf 32 Millionen Franken verzichten, womit die im Dezember 2013 beschlossene Steuererhöhung noch vor der Umsetzung neutralisiert wird. Zudem muss der Kanton gemäss der viel zu starren Schuldenbremse jährlich über 30 Millionen Franken zusätzlich einsparen. Das bereits aufgegleiste, schmerzhaft 220-Millionen-Sparpaket wird damit noch grösser. Regierungsräte sind keine Hellseher, doch sollten sie bei unvorhergesehenen Ereignissen zumindest versuchen, das Ruder im Griff zu behalten. Bei der Luzerner Steuerstrategie geschieht aber genau das Gegenteil. Vor der Halbierung der Unternehmens- und Vermögenssteuern versprach Finanzdirektor Marcel Schwerzmann, dass diese weder zu Sparpaketen noch zu Steuererhöhungen führen werde. Beides ist nun eingetroffen. Trotzdem verweigert der Finanzdirektor weiterhin stur jegliche Diskussion darüber.

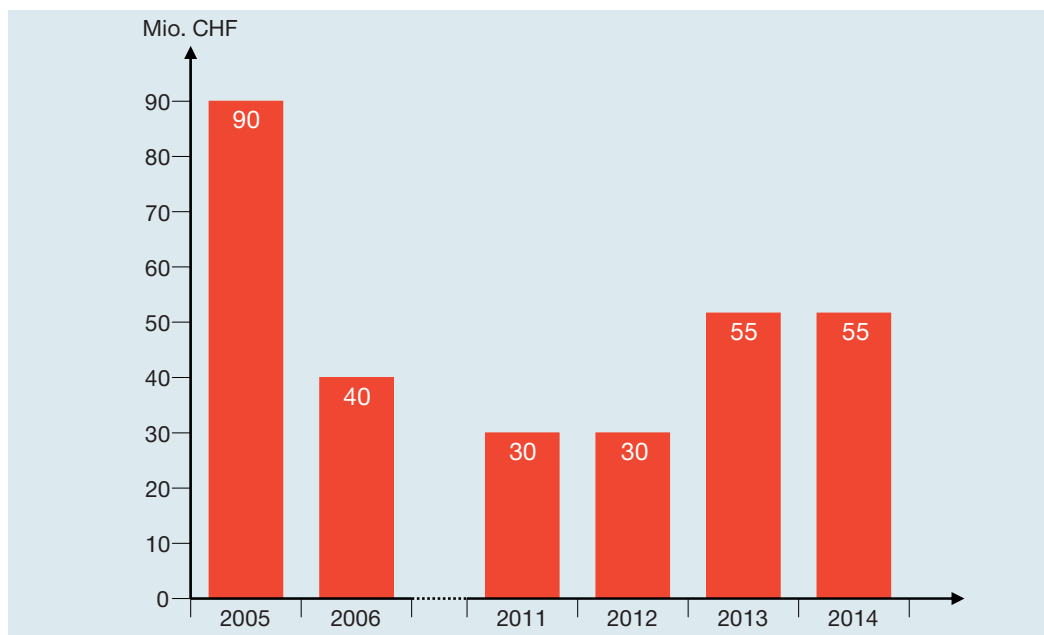
Dieses Jahr bezahlen wir alle mehr Steuern für weniger staatliche Leistungen, beispielsweise im Bildungsbereich. An den Berufsschulen werden die Bibliotheken geschlossen und die Informatik an der Fachhochschule wird in den Kanton Zug vergeben! Wo bleibt da die von Herrn Schwerzmann vielgelobte Wirtschaftsförderung, wenn zukunftssträchtige Ausbildungsbereiche wie die Informatik wegen ein paar eingesparter Millionen in den Kanton Zug ausgelagert werden? Eine weitere finanzpolitische Zeitbombe hat bereits zu ticken begonnen. Was geschieht bei der Unternehmenssteuerreform III? Den Kantonen und Gemeinden drohen weitere Milliarden an Steuereinnahmen zu entgehen. Was geschieht, wenn die Unternehmenssteuerreform III mit dem Nationalen Finanzausgleich (NFA) verknüpft wird? Dann wird der Kanton Luzern voraussichtlich

«Gute Argumente für Schwerzmanns Steuerstrategie gibt es nämlich mittlerweile keine mehr. Die neoliberale bürgerliche Steuerpolitik hat an Schwung verloren und zum Blindflug angesetzt.»

Dass die Luzerner Steuerstrategie gescheitert ist, sehen mittlerweile sogar bürgerliche Politikerinnen und Politiker ein, beispielsweise solche aus den Reihen des Gewerbeverbandes.

Gute Argumente für Schwerzmanns Steuerstrategie gibt es nämlich mittlerweile keine

den. Das ist ein erster Schritt hin zu mehr Steuergerechtigkeit. Nur so können weitere Sparmassnahmen und Steuererhöhungen zu Lasten aller Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons verhindert werden. Die Unterschriftensammlung beginnt in den nächsten Wochen.



Ausserordentliche Sparpakete im Kanton Luzern seit 2005: Insgesamt wurden rund 300 Mio. CHF eingespart. Weitere Sparpakete von rund 220 Mio. CHF sind bereits angekündigt worden.

mehr. Die neoliberale bürgerliche Steuerpolitik hat an Schwung verloren und zum Blindflug angesetzt. Zu gross sind mittlerweile die Steuerausfälle in den Gemeinden. Und dies trotz Finanzausgleich, der die Steuersenkungen in den Gemeinden massgeblich forciert hat. Nun stehen wir auch beim Finanzausgleich vor einer schwierigen Situation, denn für viele Gemeinden reicht er nicht mehr aus, um die elementarsten Gemeindeaufgaben zu erfüllen. In der Zwischenzeit gestehen deshalb auch bürgerliche Politikerinnen und Politiker ein, dass man möglicherweise überbordert hat. Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass in der Januarsession des Kantonsrates der Vorstoss der SP, die Parameter der Schuldenbremse zu lockern, überwiesen worden ist. Die von der SP Kanton Luzern lancierte Initiative, die Unternehmensgewinnsteuern wieder zu erhöhen, geht in die richtige Richtung. Doch dies alleine wird nicht genügen. Nötig wäre die Einsicht des Finanzdirektors in die Notwendigkeit, den längst fälligen Strategiewechsel einzuleiten.

INITIATIVE FÜR FAIRE UNTERNEHMENSSTEUERN

An der Januar-Delegiertenversammlung beschloss die SP Kanton Luzern die Lancierung einer Initiative «Für faire Unternehmenssteuern». Sie will die Steuersenkungen für die Unternehmen teilweise wieder rückgängig machen. Die Gewinnsteuern sollen wieder angehoben wer-

Giorgio Pardini
SP-Kantonsrat und Präsident WAK
(Kommission Wirtschaft und Abgaben)



ZUGESPITZT

Entgegentreten

Wir sind geschockt, enttäuscht und etwas ratlos. Die verlorene Abstimmung über die Abschottungsinitiative vom 9. Februar ist nicht spurlos an uns vorübergegangen. Die Auswirkungen für die Schweiz, aber auch für das europäische Projekt sind schwer abzuschätzen, werden aber einschneidend sein und mehr als nur Spuren hinterlassen. Währenddessen feiern die rechts-nationalen Parteien in ganz Europa den Integrationsunwillen und die so geäusserte Fremdenfeindlichkeit. Neonazis ziehen frohen und neuen Mutes durch eine Schweizer Stadt.

Halten wir kurz inne:

Was taten wir? Wir nahmen Ängste ernst. Genau darin lag unser Fehler. Wenn wir genauer auf die Abstimmungsergebnisse schauen, war die Zustimmung zur Initiative dort am grössten, wo weder Wohnungsnot noch Dichtestress, weder Überfremdung noch Platzknappheit herrschen. Das Ja ist vielmehr Ausdruck einer allgemeinen Angst vor Neuem und Fremden und gründet auf dumpfer,

eidgenössischer Sonderfallslobhudelei und eines vermeintlich identitätsstiftenden Nationalismus.

Was können wir tun? Wir müssen diese Ängste bekämpfen. Hier liegt unsere Lösung. Statt Ängste ernst zu nehmen und uns damit aus der Verantwortung zu stehlen, müssen wir ihnen entschieden entgegentreten und die Politik gestalten. Wir haben das Gegenprogramm:

**Wir haben das Gegenprogramm:
für Solidarität und Gleichheit – über
die Grenzen zur Freiheit aller.
Wir bieten Identität und Heimat fern
von alten Ahnengeschichten.**

für Solidarität und Gleichheit – über die Grenzen zur Freiheit aller. Wir bieten Identität und Heimat fern von alten Ahnengeschichten. Dies müssen wir den Leuten klar machen – im täglichen Gespräch und im politischen Diskurs. Wir dürfen Themen wie tiefe Löhne oder Wohnungsnot nicht mit der Einwanderung

verknüpfen, sondern klar machen, dass diese Probleme nicht daher rühren. Wir lösen die Probleme konkret mit einem Mindestlohn und mehr genossenschaftlichem, gemeinnützigem Wohnungsbau.

Ja, die Demokratie hatte einen Kurzschluss. Doch wir als Sozialdemokratinnen und -demokraten tun der Demokratie keinen Gefallen, wenn wir nun versuchen, das uns unliebe Abstimmungsergebnis irgendwie zu umgehen. Aber wir können darauf hinarbeiten, dass die Stimmung in unserem Land und unserem Europa eine weniger ängstliche wird und die – eben nicht nur wirtschaftlichen – Vorteile einer Integration sichtbar werden.

Wir müssen gemeinsam der Angst und Fremdenfeindlichkeit entgegentreten, wir müssen neue Identität und Heimat stiften!

Benedikt Knobel
Politischer Sekretär



Die SP-Fraktion der Bundesversammlung sucht per 1. Mai 2014 oder nach Vereinbarung in Bern:

EINE/N WISSENSCHAFTLICHE/N MITARBEITER/IN (80 – 100 %)

für die Bereiche Sozial- und Gesundheitspolitik (Themen der Kommissionen für soziale Sicherheit und Gesundheit des National- und Ständerates).

IHR VERANTWORTUNGSBEREICH

- Sie leisten in Ihrem Fachbereich die inhaltliche Grundlagenarbeit für die SP, erarbeiten Konzeptpapiere zu zentralen politischen Themen und verfassen die Vernehmlassungsantworten der Partei.
- Sie sind in Ihrem Fachbereich zuständig für die Koordination der politischen Arbeit der SP-Bundeshausfraktion.
- Sie unterstützen die SP-Delegationen in der parlamentarischen Arbeit inhaltlich und organisatorisch.
- Sie betreuen die parlamentarischen Geschäfte während der Kommissionsberatungen und in den Sessionen.
- Sie pflegen die fraktionsnahen Netzwerke, arbeiten mit befreundeten Fachorganisationen und Verbänden zusammen und unterhalten Kontakte zu Expertinnen und Experten aus dem Bereich der Sozial- und Gesundheitspolitik.
- Sie unterstützen die Kampagnenabteilung sowie den Mediensprecher der Partei bei ihren Kampagnen und Medienkonferenzen.

IHR PROFIL

- Sie haben ein abgeschlossenes Studium und bringen ausgewiesene Fachkompetenzen sowie Berufserfahrung mit.
- Sie verfügen über einen hohen Selbstorganisationsgrad und gute Projektmanagementfähigkeiten.
- Sie sind eine belastbare und flexible Persönlichkeit, die gerne Verantwortung trägt und Prioritäten setzen kann.
- Sie sind an einer anspruchsvollen Arbeit in einem fordernden, aber spannenden Umfeld der Bundespolitik interessiert.
- Sie sind mit den Zielen und Werten der Sozialdemokratie vertraut und fühlen sich diesen Idealen verpflichtet.
- Sie beherrschen die französische und die deutsche Sprache.

UNSER ANGEBOT

- Wir bieten eine spannende und vielseitige Arbeit in einem politischen Umfeld.
- Sie arbeiten in einem kleinen und hochmotivierten Team, in einem angenehmen Arbeitsklima sowie zu sehr fortschrittlichen Arbeitsbedingungen.

Wenn Sie interessiert sind, dann senden Sie Ihre vollständigen Bewerbungsunterlagen bis am 28. Februar 2014 an: bewerbung@spschweiz.ch oder an SP Schweiz, Stefan Hostettler, stv. Generalsekretär/Leiter Politik, Postfach, 3001 Bern. Weitere Auskünfte erteilt gerne Stefan Hostettler unter Tel. 031 329 69 63.



WIDERSPRUCH

Beiträge zu
sozialistischer Politik

63

Bildung und Marktregime

Demokratie und Bildung; Exzellenz statt Chancengleichheit; Dynamik und Defizite berufsorientierter Bildung; Brückenangebote, Geringqualifizierte und Prekarität; Gender Studies; Unternehmerische Hochschule; Autonome Schule; Politische Bildung in den Gewerkschaften; Bildungsproteste; Bildungsökonomie; Schulische Selektion und Arbeitsmarkt

U. Brand, V. Polito, K. Weber, P. Dehnbostel, S. Künzli, R. Scherrer, H. Lindenmeyer, L. Fankhauser, W. Schöni, A. Dietschi, Diskussionsgruppe ASZ, C. Goll, L. Abujatum Berndt, P. Streckeisen, T. Ragni

Diskussion

E. Borst: Schwarmintelligenz – eine Kritik
U. Klemm: Lernen im Horizont der Weltgesellschaft
R. Bossart: Bildung als Inklusionsutopie
U. Mäder / H. Schmassmann: Wertfreie Forschung?

Marginalien / Rezensionen

Für einen
umweltbewussten
Hausbesitzer wie
mich gibt's nur eins:
den Hausverein
Schweiz!

Andy Tschümperlin, Nationalrat SP



Die Alternative zum Hauseigentümergeverband.



**Hausverein
SCHWEIZ**

Für umweltbewusste
und faire EigentümerInnen
Tel. 031 311 50 55

Eine Chance für Menschen mit Beeinträchtigung

Vor knapp einem Jahr hat in der Altstadt von Burgdorf (BE) ein kleines Hotel seine Türen geöffnet, das Hotel Orchidee. Wo früher während genau hundert Jahren Kochtöpfe, Spielwaren und Papeterieartikel gekauft werden konnten – zuerst im Kaufhaus Strauss, später im Manor –, bieten nun 15 Zimmer auswärtigen Gästen eine Unterkunft. Zu verdanken ist dies Ueli Arm, einem lokalen Architekten und langjährigen SP-Mitglied. Vier Jahre politisierte er im Berner Grossen Rat, bevor er dieses Amt anderen überliess. Zu wenig handfest und konkret war ihm das Politisieren auf kantonaler Ebene. Lieber nahm er ein neues Projekt in Angriff, den Erwerb und Umbau des ehemaligen Warenhauses, aus dem nun eben das Hotel Orchidee entstanden ist.

Ziemlich rasch war klar, dass das Hotel kein

gewöhnlicher Betrieb werden sollte. Man wollte auch Personen mit Beeinträchtigung einstellen und diesen so die Möglichkeit geben, im Arbeitsleben Fuss zu fassen. Mittlerweile sind vier Frauen im Einsatz, die etwas zusätzliche Betreuung brauchen. Heidi Beyeler, die Geschäftsführerin des Hotels, ist voll des Lobes über ihre besonderen Angestellten. Sie müsse zwar immer damit rechnen, dass eine von ihnen aus gesundheitlichen oder anderen Gründen nicht zur Arbeit erscheine, doch seien sie eine grosse menschliche Bereicherung. Die Zusatzarbeit für Beyeler als hauptsächliche Ansprechperson bestehe vor allem darin, dass sie oft mit diesen Frauen zusammensitzen und viel mit ihnen

besprechen muss, damit diese sich nicht verloren fühlen. Auch die übrigen zehn Angestellten scheinen die Zusammenarbeit zu schätzen.

Als Ueli Arm 2011 bekannt gab, in der Burgdorfer Altstadt ein Hotel eröffnen zu wollen, war noch unklar, wer den Betrieb einst

Es soll verhindert werden, dass behinderte Menschen als billige Arbeitskräfte ausgenutzt werden.

führen würde. Die Idee, auch behinderten Menschen eine Möglichkeit zur Mitarbeit im Betrieb zu geben, führte ihn schliesslich zur Stiftung LebensART in Langnau. Diese Stiftung bietet einen Heimbetrieb und Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen mit Beeinträchtigung. Heidi Beyeler hat früher während zehn Jahren in der Heimstätte Bärau gearbeitet, welche von der Stiftung geführt wird, und kennt die Zusammenarbeit mit Behinderten deshalb gut.

Administrative Hürden

Weshalb stellen nicht mehr Betriebe Menschen mit Beeinträchtigungen an? Heidi Beyeler und Ueli Arm sind sich einig, dass dies zu einem grossen Teil den hohen administrativen Hürden geschuldet ist. Es sei ein sehr grosser Aufwand, eine Bewilligung für die Einstellung von Menschen mit Beeinträchtigung zu erhalten. Dies scheint ihnen auch gerechtfertigt, soll damit doch verhindert werden, dass behinderte Menschen als billige Arbeitskräfte ausgenutzt werden. Denn diese erhalten weiterhin ihre IV-Rente sowie ein zusätzliches Taggeld, während der Arbeitgeber einen Betreuungszuschlag erhält. Beyeler und Arm sind sich einig, dass das etwas spezielle Betriebskonzept des Hotels Orchidee nur deshalb möglich ist, weil die Stiftung LebensART mit ihrer grossen Erfahrung in der Betreuung von Behinderten als Betreiberin auftritt, ansonsten hätten sie wohl keine Bewilligung erhalten.

www.hotel-orchidee.ch
www.kaufmann-arm.ch



Lisa Schädel

Chefredaktorin a.i. «links»



Ueli Arm

Grabenkämpfe um den Lehrplan 21 sind kontraproduktiv

Für die einen ist er durchtränkt von links-grünen Anliegen, für die anderen ein neoliberales Konstrukt. Während den letzten paar Monaten ist ein regelrechter Grabenkampf um den Lehrplan 21 entstanden. Die SP wird sich daran nicht beteiligen. Sie begrüsst die Vorlage im Grundsatz und fordert für die Umsetzung genügend Ressourcen.

Das Thema nachhaltige Entwicklung im Lehrplan 21, so schreibt die rechtspopulistische Wochenzeitschrift «Die Weltwoche», diene «der freien Entfaltung links-grüner Bildungspolitiker». Die Wochenzeitung «WOZ» meint, mit dem Lehrplan 21 würden eher «wirtschaftlich verwertbare Arbeitskräfte ausgebildet statt mündige, unabhängige und kritische Menschen». Der Lehrplan 21 hat in den Medien zu einem öffentlichen Schlagabtausch geführt. Zu Unrecht, denn der Lehrplan 21 beinhaltet keine grundsätzlichen Neuerungen, sondern führt grossmehrheitlich Bestehendes und Bewährtes fort.

Entschlacken oder mehr Ressourcen

«Für meine Lehrerinnen und Lehrer wird sich kaum etwas ändern,» sagte mir vor Kurzem ein kantonaler Bildungsdirektor. Ähnlich tönt es

bei den Regierungen anderer Kantone. Und das ist gut so. Die Gesamtbelastung der Lehrpersonen darf keinesfalls erhöht werden. Für einige Institutionen ist der Lehrplan 21 zu umfangreich. Er müsse verständlicher und entschlackt werden, heisst es etwa. Dieser Forderung trägt die SP Schweiz Rechnung, indem sie die Kantone dazu aufruft, für die Umsetzung genügend Ressourcen bereitzustellen. Ist das nicht der Fall, ist eine Entschlackung unumgänglich. Weitere Forderungen der SP sind etwa die stärkere Verankerung der Bereiche politische Bildung, Menschenrechte und berufliche Orientierung.

Fremdsprachenabfolge könnte zum Problem werden

Wohl noch zu reden geben werden die Fremdsprachenabfolge und die uneinheitliche Stun-

dentafel. Wird in den westlichen Deutschschweizer Kantonen in der dritten Klasse zuerst Französisch gelernt, so steht in der dritten Klasse der östlichen Deutschschweizer Kantone Englisch auf dem Stundenplan. Noch hält die SP am Sprachenkompromiss gemäss HarmoS-Konkordat fest. Es gibt jedoch staatspolitische Überlegungen, die für eine Landessprache als erste Fremdsprache sprechen. Auch auf eine einheitliche Stundentafel wollen sich die Kantone nicht festlegen. Ob die in der Bundesverfassung verlangte Harmonisierung erfüllt wird, muss am Ende die Bundesversammlung entscheiden. Wie der Bundesrat soeben auf einen Vorstoss hin bekannt gegeben hat, wird er sich der Sache frühestens 2016 annehmen.

Einführung verzögert sich

Denn schon jetzt ist klar, die Einführung des Lehrplans 21 wird sich verzögern. Geplant war eine Einführung 2015. Nach den zahlreichen und ausführlichen Vernehmlassungsantworten ist eine sorgfältige Auswertung unabdingbar. Die SP wird sich auch weiterhin konstruktiv an den Diskussionen beteiligen. Ziel dabei ist, die Chancengerechtigkeit zu erhöhen zum Wohle aller Kinder und den Lehrerinnen und Lehrern ein Umfeld zu bieten, das sie in ihrer wichtigen Arbeit trägt und unterstützt.



Fransiska Schädel



Matthias Aebischer

Nationalrat Bern, Präsident der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK)

Initiativprojekte an der DV

Das weitere Vorgehen bei den Initiativprojekten der SP Schweiz werden die Delegierten am 29. März in Malleray festlegen. Nachdem verschiedene Projekte in einem Mitwirkungsprozess diskutiert und in einer Vernehmlassung beurteilt worden sind, hat die Geschäftsleitung Anträge zum weiteren Vorgehen for-

muliert, welche den Delegierten unterbreitet werden. Einerseits wird vorgeschlagen, dass die SP Schweiz eine Initiative mit dem Arbeitstitel «Familien echt entlasten – für mehr Verteilergerechtigkeit» ausarbeiten soll mit dem Ziel, das ungerechte System der Steuerabzüge für Kinder und Jugendliche in Ausbildung durch

ein gerechtes Gutschriftsystem zu ersetzen. Dieses Projekt reiht sich in den Bogen der Verteilergerechtigkeit ein und nimmt ein langjähriges Anliegen der SP für eine gerechte Familienpolitik auf. Dieses soll zur definitiven Lancierung dem Parteitag zum Entscheid unterbreitet werden. Ausserdem sollen die Forderungen nach ei-

nem Elternurlaub sowie nach Einführung einer so genannten Börsensteuer (Finanztransaktionssteuer) in einer breiten Allianz mit befreundeten Organisationen und Parteien vorangetrieben und die Lancierung der Forderungen mittels Initiative geprüft werden. Wir freuen uns auf die Diskussion in Malleray. *Flavia Wasserfallen*

Bildung und Vernetzung in den Walliser Alpen



Vom 7. bis 10. August treffen sich auf fast 2000 Meter ü. M. im Grand Hôtel Chandolin ParlamentarierInnen aller Ebenen, Sektionsvorstände, Kommissionsmitglieder und SekretariatsmitarbeiterInnen – kurz: die ganze SP – zu einem verlängerten Wochenende in den Walliser Alpen. Begründet wird dadurch das nächste Projekt der am Lausanner Parteitag beschlossenen Intensivierung der parteiinternen Bildung: Die Sommeruni. Diese bietet die Gelegenheit, fernab vom politischen Tagesgeschäft mit Genossinnen und Genossen aus dem ganzen Land über die SP, die Schweiz und die Welt zu philosophieren und sich (gegenseitig) politisch weiterzubilden.

Im Zentrum steht dabei ein breites Angebot an Workshops,

welches den Teilnehmenden eine intensive Auseinandersetzung mit der SP und ihrer Politik ermög-

licht. Zur Auswahl stehen neben inhaltlichen (Wirtschaftsdemokratie, Geschichte der Arbeiterbe-

wegung, Zukunft der Altersvorsorge usw.) auch handwerkliche Workshops (Rhetorik, Sektionsarbeit, Kampagnenarbeit etc.). Für ein abwechslungsreiches, spannendes Programm entlang selbst gewählter Schwerpunkte ist also gesorgt.

Neben aller (Weiter-)Bildung sollen selbstverständlich die Erholung und geselliges Beisammensein nicht zu kurz kommen. Für ein kleines Freizeitprogramm (Wanderung statt Workshop) ist deshalb genauso gesorgt wie für die Kinderbetreuung.

Überzeugt? Dann los: Provisorische Anmeldungen sind bereits möglich und erwünscht: sommeruni@spschweiz.ch

Jonas Steiner, Mitglied der AG Sommeruni



LESERBRIEFE

Raumplanungsverordnung: Bund soll sich auf konsequente Richtplanprüfung konzentrieren!

Der Widerstand der Kantone gegen den Entwurf der Raumplanungsverordnung ist berechtigt. Es ist nicht Aufgabe des Bundes, den Kantonen detaillierte Vorschriften über die Berechnung der Bauzonengrösse zu machen. Seine Aufgabe ist es, im Rahmen des Genehmigungsverfahrens die kantonalen Richtpläne konsequent auf ihre Gesetzeskonformität hin zu prüfen. Das war leider in der Vergangenheit nicht der Fall. Er gab den Begehren der Kantone meist ohne grossen Widerstand nach. In Zukunft soll der Bund eine strenge Genehmigungspraxis der kantonalen Richtpläne etablieren und kantonalen Richtpläne zur Anpassung zurückweisen, welche seine Prüfkriterien nicht erfüllen. Zur Beurteilung der Grösse der Bauzonen soll der Bund zusammen mit den Kantonen eine grobe technische Richtlinie erarbeiten. Ein gewisser

Verhandlungs- und Interpretationsspielraum soll aber bestehen bleiben, da den verschiedenen kantonalen und kommunalen Verhältnissen nie ganz Rechnung getragen werden kann.

Alex Schneider, Küttigen

Sommaruga: Anspruch und Realpolitik im Asylwesen

Vieles, was unsere Bundesrätin sagt, ist überzeugend und toll. Ich gehe davon aus, dass eine Bundesrätin einen Grundsatz sehr sorgfältig formuliert. Simonetta Sommaruga sagt: «Der Grundsatz muss sein, dass die Menschen, die Schutz brauchen, diesen in unserem Land bekommen.» Ich staune, dass so eine erfahrene und kompetente Frau das so setzt: Auf diesem Planeten hätten wohl weit über 100 Millionen Menschen einen Schutzgrund im Sinne unseres Asylrechts. Käme nur jeder Hundertste davon zu uns, wir wären bereits massiv überfordert damit. Deshalb: Der Grundsatz kann nur lauten, dass die Menschen, die in unserem Land berechtigt

Schutz suchen, diesen auch bekommen. Das ist ein gewaltiger Unterschied, zwischen unerfüllbarem Anspruch und ethisch begründeter Realpolitik. Ich hoffe, dass auch Simonetta Sommaruga und die SP die Ehrlichkeit haben, diesen Unterschied zu sehen und ernst zu nehmen.

Markus Vetterli, SP Stein am Rhein

Nochmals: Mehr Aufrichtigkeit bitte!

Aus Anlass der Besprechung des Buches «Im Teufelskreis des Konsumismus» (Autor Franz Hochstrasser) möchte ich nochmals zu mehr Ehrlichkeit aufrufen. Der Rezensent sagt zwar zu Recht, Wachstum sei ein Grundprinzip der kapitalistischen Wirtschaft, erwähnt aber nicht, dass fast alle Menschen, auch die Mitglieder der SP Schweiz, immer mehr wollen. Ohne dieses «Immer-noch-mehr-Wollen» der ganz grossen Mehrheit könnte es in der kapitalistischen Wirtschaft in unseren Breitengraden gar kein Wachstum geben. Am Schluss zitiert der Re-

zensent den Autor wörtlich: «In der heutigen übersteigerten Lebensweise *müssen* fast alle Gesellschaftsmitglieder mehr oder weniger auf Musse, gesunde Nahrung, saubere Luft, lärmfreie Zonen verzichten.» «Müssen» wir auf diese Qualitäten verzichten, oder ergibt sich das aus der Gier der ganz grossen Mehrheit nach immer mehr? Wohl 99 Prozent unserer Bevölkerung, auch der Teil, den wir als «arm» bezeichnen, lebt unendlich viel besser als viele Milliarden anderer Menschen auf dieser Welt. Die meisten bei uns hätten es durchaus in der Hand, sich mit dem zufriedener zu geben, was sie haben. Sie *müssen* also nicht auf die oben erwähnten immateriellen Bestandteile von Lebensqualität verzichten, sondern sind mitverantwortlich für diese Einschränkungen! Auf diesen Zusammenhang zwischen Wachstum und allgemeiner Gier hätte in der Besprechung ehrlicherweise auch hingewiesen werden müssen.

Gotthard Frick, SP Bottmingen

KNALLROT

Yvonne Feri

Nationalrätin AG und Präsidentin
der SP Frauen Schweiz

Ohne Frauen keine Altersvorsorge 2020

Ein Rentensystem soll grundsätzlich für alle gelten und weder vom Geschlecht abhängig sein noch ein Geschlecht begünstigen oder diskriminieren. Die Höhe der Rente hängt vom Zugang zur Erwerbsarbeit ab. Auch dieser muss folglich diskriminierungsfrei für alle Geschlechter ausgestaltet sein. Auffällig ist, dass eine Erhöhung des Rentenalters für Frauen in raschen Schritten auf uns zukommt. Hier sind die EntscheidungsträgerInnen in der Umsetzung der Gleichstellung von Männern und Frauen sehr schnell. In anderen Punkten, die einen klaren Einfluss auf die Rentenhöhe haben, geht es schleppend voran: Die Lohngleichheit ist nicht erreicht, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ungenügend, die Kaderpositionen sind mehrheitlich durch Männer besetzt, sogenannte typische Frauenberufe sind schlecht entlohnt und die unbezahlte Haus-, Pflege- und Familienarbeit wird zu zwei Dritteln von Frauen bewältigt.

Mit der Erhöhung des Frauenrentenalters von 64 auf 65 Jahre würde rund eine Milliarde Franken eingespart. Davon sollen als Kompensation 390 Millionen Franken für einen flexiblen Altersrücktritt von Personen mit einem langen Arbeitsleben und einem kleinen Verdienst eingesetzt werden. Betroffen wären primär Teilzeitangestellte, also mehrheitlich Frauen, deren Partner auch wenig verdienen. Das ist eigentlich ein guter Vorschlag, aber durch die restriktive Ausgestaltung der Bedingungen hätten pro Jahr nur etwa 5000 Personen etwas davon. Das reicht nicht. Heute treten rund 40 Prozent der Frauen vorzeitig aus dem Erwerbsleben zurück, der Altersdurchschnitt liegt bei 62,6 Jahren. Weil sie, wieder unbezahlt, die Pflege von Angehörigen und die Betreuung von Enkelkindern übernehmen oder weil sie keinen Job mehr finden. Die Erhöhung des Frauenrentenalters verschärft damit die Situation der ungenügenden Rentenbildung für Frauen, während die Kompensation ungenügend ist.

Die SP Frauen wird sich erst für ein gleiches flexibilisiertes Rentenalter aller Geschlechter einsetzen, wenn die Gleichstellung in der Erwerbsarbeit und die Neuverteilung der unbezahlten Arbeit ebenfalls in schnellen Schritten gefördert und klar messbar erreicht werden. Das sind unsere Forderungen an die Altersvorsorge 2020.

GENOSSEN

Peter Graf, Wabern



«Gerron» – ein Buch gegen Krieg und Vergessen

Charles Lewinsky, Autor von «Melnitz» und «Johannistag», hat mit «Gerron» ein Buch gegen das Vergessen geschrieben, ein eindringliches Antikriegsbuch, das von der ersten bis zur letzten Seite fesselt. Der Autor denkt den Ersten und den Zweiten Weltkrieg mit der bürokratisch gesteuerten Ermordung von Millionen Juden als das eine, das aus dem andern hervorgegangen war. Als fürchterliche Untat, die immer neue Untaten gebiert.

Lewinskys Titelgeber ist nicht Fiktion, er wurde 1944 in Auschwitz ermordet, nur drei Tage bevor die Verbrennungsöfen für immer abgestellt wurden. Seine Verletzung im 1. Weltkrieg dagegen, die Jugendzeit und manch anderes sind Fiktion. Real wiederum ist der Lazarettarzt im 1. Weltkrieg, Schauspieler, Theater- und Filmregisseur Kurt Gerson, genannt Gerron, Berufskollege von Emil Jannings, Marlene Dietrich, Peter Lorre und vielen anderen.

Im Roman erinnert sich Gerron an die Zeit, als er sein Notabitur machte, gefolgt von einem verkürzten Medizinstudium zum Preis, «freiwillig» in den Krieg ziehen zu müssen, dann an seine schrecklichen Kriegserlebnisse und die Verwundung – nach langer Rekonvaleszenz ist er erneut im Heer als Lazarettarzt im zu Ende gehenden Weltkrieg. Gerron blickt zurück auf sein bisheriges Leben, als er im Zweiten Weltkrieg als einstiger Star mit einer erfolgreichen Thea-

ter- und Filmkarriere von den Nazis zuerst vertrieben, dann interniert und schliesslich im KZ Theresienstadt gefangen genommen, ausgehungert, mit der ständigen Drohung des Abtransportes nach Auschwitz gepeinigt und mit einem teuflischen Plan des Lagerkommandanten unter Druck gesetzt wird. Der einstige Moritatensänger in Bert Brechts Dreigroschenoper, der Zauberer in «Der blaue Engel», der Star des Stumm- und Tonfilms soll einen Film über Theresienstadt als Ferienparadies für Juden drehen. Soll er es tun, um sein Leben zu retten, oder soll er sich weigern und sofort in Auschwitz vergast werden und seine Frau Olga unweigerlich mit in den Tod befördern?

Der echte Kurt Gerron, der Mann des Theaters und des Films, hätte sich keinen kenntnisreicheren «Erfinder» seiner Vita wünschen können als Lewinsky, den Autor unzähliger Drehbücher und Theaterstücke.

2014, da in allen Medien der 1. Weltkrieg besprochen und neu gedeutet wird, empfiehlt es sich, dieses 2011 erschienene Buch zur Hand zu nehmen. Nein – es ist kein Genuss, aber spannend und glaubwürdig erzählte Geschichte des halben 20. Jahrhunderts. Etwas für geschichtsbewusste Genossinnen und Genossen.



Charles Lewinsky
Gerron
544 Seiten
ISBN 978-3-312-00478-2
Nagel & Kimche

*Möchtest du den LeserInnen etwas vorstellen – ein Buch, einen Film, eine Wanderung –, das du GENOSSEN hast?
Schreibe ein Mail an links@spschweiz.ch*

Barbara Berger verlässt uns

Als ich Barbara vor vielen Jahren kennen lernen durfte, fielen mir zwei markante Eigenheiten sofort auf: Zum einen ihre roten Lippen, zum anderen ihr Lachen. Dieser äusserliche Eindruck wurde aber schon bald durch ein noch viel wichtigeres Merkmal ergänzt. Bereits nach unserem ersten Gespräch war mir nämlich klar, dass ich mit Barbara eine wahre Gleichstellungsexpertin an meiner Seite hatte. Ihr Fachwissen zu Menschenrechten, Genderthemen, feministischer Theorie und Praxis ist gross und breit abgestützt durch ihre langjährige Erfahrung in der Gleichstellungspolitik – nicht nur einmal habe ich Barbara von internationalen Abkommen, gleichstel-



lungspolitischen Kampagnen oder auch feministischen Theorien sprechen gehört, die ich bis dahin nicht einmal kannte.

Ihr grosses Wissen hat auch dazu geführt, dass Barbara mit ganz unterschiedlichen Persönlichkeiten zusammenarbeiten durfte (und wohl ab und zu auch musste): Für die SP diskutierte Barbara in ganz verschiedenen Arbeitsgruppen mit und nicht nur einmal vertrat sie die Partei in verschiedenen politischen Komitees. Mit viel Charme und Wissen ist sie dabei jeweils für die Anliegen der Partei eingetreten, hat argumentiert und gekämpft – ein letztes Mal und mit grossem Erfolg übrigens gegen die SVP-Familieninitiative.

Auf Ende März verlässt Barbara nun die Partei und wird künftig als Direktorin der Stiftung Sexuelle Gesundheit Schweiz tätig sein. Wir alle danken dir, Barbara, für deine Arbeit und deinen grossen, langjährigen Einsatz! Es war eine tolle Zeit mit dir.

Yvonne Feri, Präsidentin SP Frauen



EIN TAG IM LEBEN VON...

LEA SCHMIDMEISTER, 30

JUGENDARBEITERIN

«Aufstehen – duschen – los. Den obligaten Kaffee am Morgen kaufe ich mir am Bahnhof Wettingen. So starte ich in der Regel in den Tag – ab diesem Zeitpunkt gleicht allerdings kein Wochentag dem anderen. Heute ist Mittwoch und die Februarsonne drängt durch den verhangenen Himmel. Heute geht es mit dem Zug nach Aarau. Dort treffe ich mich mit anderen Mitgliedern der Organisation «Gender Netzwerk Frauen» für eine Sitzung. Zurzeit beschäftigt uns der diesjährige Aargauer «Meitlikulturtag», wo ich die Projektleitung inne habe. Vor einem Jahr haben über 100 Mädchen aus dem ganzen Kanton teilgenommen. Diese stolze Teilnehmerinnenzahl bekam man deutlich zu hören, als das Gruppenfoto geknipst wurde. Anstatt dass sie wie gewöhnlich in die Linse grinsten, wurden die Mädchen beim Erheben ihrer Stimme fotografisch festgehalten – ein beeindruckendes 114 Dezibel lautes Bild war das Resultat.

Weder Mädchen noch Frauen nehmen hingegen am Deutschkurs für Asylsuchende teil, den ich zusammen mit Freunden alle zwei Wochen im Kulturlokal Royal in Baden anbiete. Bisher kommen ausschliesslich junge Männer zum Unterricht. Wir bringen den zahlreichen Anwesenden die mündlichen Grundlagen zu wichtigen Themen auf Deutsch bei, wobei Sätze wie «Ich bin ledig», aber auch kulturelle Themen mit Comics und Spielen behandelt werden. Diese Arbeit ist mir sehr wichtig, da ich durch den kulturellen Austausch und das Vermitteln von wichtigen Fähigkeiten unmittelbar und basispolitisch wirken kann.

Zurück in Aarau mache ich mich gegen Mittag mit Brot, Käse und einem Apfel im Gepäck auf nach Zufikon bei Bremgarten. Dort arbeite ich in einer Anlaufstelle für Jugendliche. Movie-Nights organisieren, zusammen mit den Jugendlichen Bewerbungen verfassen oder einfach ein offenes Ohr für Themen und Gedanken zu Religion,

Familie und Justin Bieber haben – die Bandbreite meiner Beschäftigung im Jugendtreff ist gross. Natürlich ist auch das Lesen der neusten «Bravo» oder Gamen auf dem Sofa beliebt. Wer aber glaubt, 12- bis 16-Jährige hätten kein politisches Verständnis, hat weit gefehlt. In den Gesprächen mit den Jungen und Mädchen wird deutlich, dass bereits wichtige politische Gedankenprozesse im Gange sind. Beispielsweise wenn sich ein Mädchen darüber empört, dass Asylsuchende ein Rayonverbot in der Badi erhalten, oder wenn über alltäglichere Themen wie das Leben als Muslim in der Schweiz, persönliche Familienstrukturen oder über den ersten Freund gesprochen wird. Um 17.30 Uhr schliesse ich den Jugendtreff und fahre mit dem BDWM-Bähnli und der S-Bahn zurück nach Wettingen. Als Nächstes steht ein Treffen zu «Kinder Mit Wirkung» auf dem Plan – ein Projekt, das ich als Jugendkommissionsmitglied des Einwohnerrats Wettingen an die Hand genommen habe. Darin bekommen Kinder die Möglichkeit, eigeninitiativ ihre Ideen für Projekte zu äussern, und erhalten von uns Hilfe, diese zu realisieren. Die Konzeptidee und die Projekte stiessen auf viel positive Resonanz und wir sind nun kurz davor, es ins Programm der kommunalen Jugendarbeit zu integrieren. Es gibt kaum etwas Besseres, als zu erkennen, dass ich mit einem Projekt – wenn auch nur im kleineren Rahmen – eine positive Entwicklung anstossen, einen Stein ins Rollen bringen konnte. Dies gibt mir Antrieb für Neues. Nachdem ich gegen 22 Uhr zu Hause angekommen bin, geht es weniger hektisch zu und her. Damit die vom Tag aufgewirbelten Gedanken sich langsam wieder setzen, lese ich ein Buch. Obwohl Petra Ivanovs Krimis über die Fälle des Kriminalpolizisten Cavalli und der Staatsanwältin Flint nicht direkt das Gemüt beruhigen, lese ich mich mit ihren Geschichten in den Schlaf.

Aufgezeichnet von Nina Lanzi

MOVENDO

Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften

Weiter mit Bildung

Basiskurs für Mitglieder von Stiftungsräten und Vorsorgekommissionen

D1.8.1425, 5.–7.3., Hotel Freienhof, Thun oder D1.8.1426, 5.–7.11., Hotel Freienhof, Thun

Zusammenspiel der Sozialversicherungen, BVG, BVG-Rechtsformen und Begriffe, Verantwortung und Haftung, Information, technischer Zins, individuelle Vorsorge. Referenten: Sabino Di Mambro (Fachmann für Personalvorsorge), Roman Kahr (Fachspezialist BVG), Heinrich Nydegger (Unia)

Als Vertrauensperson erfolgreich an Verhandlungen teilnehmen

D1.8.1416, 18.3., Bahnhofbuffet, Olten

Verhandlungsvorbereitung, Argumentationstechniken, Umgang mit schwierigen VerhandlungspartnerInnen, Verhandlungserfolge erzielen. Referentin: Danièle Lenzin (Sozialwissenschaftlerin, ehemalige Co-Präsidentin syndicom)

Aufbaukurs für Mitglieder von Stiftungsräten und Vorsorgekommissionen

D1.8.1427, 19.–21.3., Hotel Frei-

IMPRESSUM

Herausgeber

SP Schweiz und Verein SP-Info, Spitalgasse 34, 3001 Bern, Telefon 031 329 69 69

Fax 031 329 69 70

Erscheint 9 Mal pro Jahr

Auflage 43310 (Wemf)

Abonnementspreise

Für Mitglieder der SP Schweiz gratis

Adressänderungen/Abos:

abo@spschweiz.ch

Redaktion

Lisa Schädel (Chefredaktion), Barbara Berger (SP Frauen), Niklaus Wepfer (SP Kanton Solothurn), Nicole Amacher (SP Basel-Stadt), Ruedi Brassel (SP Baselland), Oliver Lüthi (SP Kanton Bern), Katharina Kerr (SP Kanton Aargau), Sebastian Dissler (SP Kanton Luzern), Benedikt Knobel (SP Kanton Thurgau), Michael Sutter (SP Stadt Bern), Urs Geiser (Korrektor)

E-Mail Redaktion

links@spschweiz.ch

Gestaltungskonzept

muellerluetolf.ch

Produktion

Atelier Kurt Bläuer, Bern

Druck

Ringier Print Adligenswil AG

Postfach 3739, 6002 Luzern

Anzeigen

Kilian Gasser, Medienvermarktung GmbH

Hellgasse 12, 6460 Altdorf

Telefon 041 871 24 46, Fax 041 871 24 47

kg@kiliangasser.ch

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 17.2.

Redaktionsschluss nächste Ausgabe: 24.3.

en Hof, Thun oder D1.8.1428, 19.–21.11., Hotel Freienhof, Thun
Freizügigkeits- und Wohneigentumsförderungsgesetz, Teilliquidation; Anlageorganisation BVV 2, Risiken, Deckungsgrad, internes Kontrollsystem, Strukturreform. Referenten: Sabino Di Mambro (Fachmann für Personalvorsorge), Roman Kahr (Fachspezialist BVG), Heinrich Nydegger (Unia)**AHVplus: Für eine starke AHV**D2.3.1402, 27.3.; Hotel Bern, Bern
Aufbau der Altersvorsorge, Funktionsweise, Finanzierung und Leistung der AHV, Generationensolidarität. Referentin: Christine Goll (Movendo)**Die Wirtschaft verstehen**

D1.8.1406, 2.–3.4.; Seminarhaus Boldern, Männedorf ZH

Inhalt: Ökonomische Grundbegriffe, wirtschaftliche Zusammenhänge, bezahlte und unbezahlte Arbeit, Rezepte der Gewerkschaften für eine gerechtere Wirtschaft. ReferentInnen: David Gallusser (SGB), Daniel Lampart (SGB), Danièle Lenzin (Sozialwissenschaftlerin)

Anmeldung: www.movendo.ch, info@movendo.ch, Tel. 031 370 00 70
Die Kosten für eine Weiterbildung werden für Gewerkschaftsmitglieder von ihrer Gewerkschaft getragen. SP-Mitglieder, die nicht Gewerkschaftsmitglied sind, profitieren vom reduzierten Tarif von Fr. 230.– pro Tag statt Fr. 390.– resp. Fr. 300.– statt Fr. 450.–. Bei Monika Bolliger (SP Schweiz, Tel. 031 329 69 91) kann finanzielle Unterstützung beantragt werden.

AGENDA 2014

28. März

Koordinationskonferenz

29. März

Delegiertenversammlung

27. Juni

Koordinationskonferenz

28. Juni

Parteitagwww.spschweiz.chMonika Bolliger
Korrespondentin der NZZ
in Jerusalem

Ein Dialog mit Hindernissen

Man sagt, Friede beginne in der Nachbarschaft. Ich will deshalb eine Begebenheit aus meiner Nachbarschaft in Jerusalem erzählen. Das Viertel Musrara war nach der Gründung Israels 1948 bis zur israelischen Eroberung Ostjerusalems 1967 geteilt. Der Ostteil ist von Palästinensern sowie einigen israelischen Siedlern bewohnt, während im Westteil heute Israeli leben. Die einstige Waffenstillstandslinie ist nicht mehr sichtbar, doch an der Trennung des Viertels in zwei Teile hat sich wenig geändert.

Im Westteil ist eine kleine israelische Künstlergruppe aktiv. Mit einem Festival wollten sie Bewohner des Ostens und des Westens zusammenbringen. Doch ihre Idee stiess auf Widerstand. Manche Bewohner des Westteils, die politisch rechts stehen, störten sich an der Präsenz der arabischen Sprache. Eine palästinensische Flagge und aufdringliche Flirtversuche palästinensischer Besucher brachten für sie das Fass zum Überlaufen. Viele Bewohner des Westteils von Musrara sind orientalische Juden und haben gerade wegen ihrer kulturellen Nähe zu den Palästinensern ein besonders schwieriges Verhältnis zu diesen.

In den arabischen Herkunftsländern wurden sie mit dem Aufkommen von Nationalismus und Zionismus mit antijüdischen Ressentiments konfrontiert. In Israel schauten die europäischen Juden auf sie herab und sagten, sie seien nur wenig besser als die Palästinenser. Dass sie sich von Palästinensern abgrenzen, ist kein Zufall.

Auf palästinensischer Seite stiess das Projekt gerade bei jungen politischen Aktivisten auf Ablehnung. Für sie sind Veranstaltungen mit dem Etikett «Dialog» oder «Koexistenz» zur Farce geworden. Wenn israelische Institutionen in Jerusalem einerseits arabische und muslimische Aspekte der lokalen Kultur hervorheben, während sie zugleich von Koexistenz sprechen, weckt das Misstrauen. Auch glauben inzwischen viele, dass Dialogveranstaltungen, die nach der Unterzeichnung des Abkommens von Oslo 1993 Hochkonjunktur erlebten, nur als Deckmantel für die fortdauernde Kolonisierung ihres Landes dienen. Wer trotzdem mit Israeli spricht und kooperiert, gerät innerhalb der palästinensischen Gesellschaft häufig unter Druck. Man sagt, Friede beginne in der Nachbarschaft. Aber manchmal ist ein Friede unter Nachbarn unendlich kompliziert.

Starkes Land. Faire Löhne.

JA

**zum Lohnschutz
zum Mindestlohn**

am 18. Mai 2014

